

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 32 (2013)  
**Heft:** 62

**Artikel:** Care, Krise und Krisenpolitik in Nord und Süd  
**Autor:** Razavi, Shahra  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-651633>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Care, Krise und Krisenpolitik in Nord und Süd

«Zumeist», so Bob Jessop,<sup>1</sup> «wurde die Krise vor allem als eine Krise der Kapitalakkumulation angesehen, die Auswirkungen auf die gesellschaftliche Reproduktion traten dabei in den Hintergrund. Dieser Blick auf die Krise erfolgte eher vom globalen Norden als vom Süden aus und wurde von der Fragestellung geleitet, wie Staaten am besten die Dominanz der Marktkräfte wiederherstellen können – anstatt Wege zu suchen, wie man diese begrenzen kann.» Was könnte eine feministische Politische Ökonomie zu den bereits existierenden Analysen der Krise beitragen? Wie kann der Bereich der Care-Arbeit mithilfe theoretischer Konzepte und auf empirischer Basis so analysiert werden, dass die feministische Theorie und Praxis dadurch bereichert werden?

Drei Themenbereiche sollen hier\* im Mittelpunkt stehen. Erstens die Austeritätspolitik und ihre gender- und klassenspezifischen Auswirkungen: Um wesentliche Punkte anschaulich zu machen, beziehe ich mich dabei insbesondere auf die Arbeit der britischen Women's Budget Group. Zweitens die bedenklichen politische Implikationen von Massnahmen, die nach der Krise zu deren Bewältigung erfolgen. Insbesondere im globalen Norden und Osten haben staatliche Repression und soziale Intoleranz zugenommen. Dies hat Auswirkungen auf subalterne Gruppen, insbesondere auf Migrantinnen und Migranten sowie ethnische Minderheiten. Drittens aktuelle politische Entwicklungen in den Ländern des globalen Südens, wo bereits über «Post-Neoliberalismus» diskutiert wird; ich erschliesse ihre Bedeutung aus einer Gender- und Care-Perspektive.

### **1. Akkumulation von Kapital gegen gesellschaftliche Reproduktion: Wer gewinnt? Wer bezahlt?**

Die «riesenhafte Aktion zur Rettung der Wallstreet wurde dem amerikanischen Volk als ein Mittel zur Rettung der Mittelschicht und von Arbeitsplätzen verkauft. Aber sie hat keines von beiden bewirkt und es gibt statt dessen eine Rückkehr zu den Bonus-Praktiken der Vor-Krisen-Jahre» (Ro-

\* Übersetzung aus dem Englischen: Redaktion *Widerspruch* und WIDE Switzerland.  
Zwischentitel von der Redaktion *Widerspruch*.

bert Reich).<sup>2</sup> Die Reaktion der Regierung war «rasch und umfassend», als es darum ging, die Banken und kapitalistische Firmen abzusichern, aber «langsam und begrenzt» hinsichtlich sozialer Missstände, der Bedürfnisse der Menschen und der Sicherung der Menschenrechte (Diane Elson).<sup>3</sup>

Tatsächlich hat das rasche Handeln der Regierung die Finanzmarktkrise zu einer Krise der öffentlichen Haushalte gemacht, da die Wiederherstellung des Bankensektors weitgehend ohne Auflagen erfolgte. Zumindest diesseits des Atlantiks wurde damit Sparmassnahmen der Weg bereitet, unter denen die Bürgerinnen und Bürger von EU-Ländern, insbesondere in den Randregionen, zu leiden haben. Wir wissen, dass die Situation im südlichen Europa, wo die Sparmassnahmen besonders hart waren, schwierig ist. Natürlich gibt es auch innenpolitische Gründe für die Krise wie zum Beispiel inkompetente Regierungen, grassierende Korruption, strukturelle Probleme in der Wirtschaft. Aber wie an vielen andern Orten (Mexico in den frühen Achtzigern, Ostasien in den späten Neunzigern, Argentinien im Jahr 2000 etc.) haben sich diese innenpolitischen Ursachen der Krise mit den Auswirkungen eines globalen nicht nachhaltig wirksamen neoliberalen Wirtschafts- und Finanzsystems vermengt, das von den Finanzmärkten dominiert ist und sich staatlicher Kontrolle weitgehend entzieht.

In Griechenland nehmen Arbeitslosigkeit, Teilzeit- und temporäre Arbeit zu. Wie in verschiedenen andern von der jüngsten Krise betroffenen Ländern ist die Arbeitslosigkeit unter Männern in Griechenland höher als unter Frauen. Teilweise, weil Männer in den Sektoren, die anfänglich am härtesten getroffen wurden (Bauwirtschaft, verarbeitende Industrie), zahlenmäßig dominieren, zum Teil aber auch darum, weil Frauen sich weniger als arbeitslos registrieren lassen. Es gab auch eine grosse Zunahme an weiblichen Arbeitskräften in den ersten paar Jahren nach der Krise (2007–2010), insbesondere unter verheirateten Hausfrauen, die vorher nicht erwerbstätig waren.<sup>4</sup> In andern Worten, die Umstände der Krise und der Verlust von Arbeitsplätzen der Männer scheinen einige Frauen auf den Arbeitsmarkt gedrängt zu haben («Notverkauf der Arbeitskraft»), mitunter zum ersten Mal. Da jedoch seit 2010 sowohl im öffentlichen wie im privaten Care-Sektor Stellen gestrichen wurden, sind Frauen inzwischen ebenso schwer von Arbeitslosigkeit betroffen wie Männer. Dieser Abbau an öffentlichen und privaten Gesundheits- und Sozialdienstleistungen hat natürlich auch Auswirkungen auf die unbezahlte Care-Ökonomie, indem städtische Krippen geschlossen werden, das Pflegepersonal in Spitäler reduziert wird und die Verarmung von mittelständischen Familien deren Nachfrage nach angestelltem Pflegepersonal in Privathaushalten (oftmals Immigrantinnen) mindert.<sup>5</sup>

Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Budgetkürzungen in Grossbritannien sind im Detail von der britischen Women's Budget Group

untersucht worden (WBG 2010) – einer unabhängigen Organisation von Personen aus akademischen NGOs und Gewerkschaften, welche eine detaillierte Gender-Analyse des staatlichen Budgets der letzten drei Jahre geliefert hat.<sup>6</sup> Ihre Analyse ist ernüchternd. Anhand umfangreicher empirischer Belege zeigen sie auf, dass die Auswirkungen der steuerlichen Kürzungen nicht nur starke schichtspezifische, sondern auch geschlechtspezifische Komponenten haben. Drei Befunde stechen hervor:

- Der Verlust von Arbeitsplätzen und das Stagnieren der Löhne im öffentlichen Sektor betrifft Frauen überproportional; Frauen stellen zwei Drittel (65 Prozent) des Personals öffentlicher Dienste in Grossbritannien, sie werden daher die Hauptlast dieses Abbaus tragen, Hunderttausende Frauen werden ihren Arbeitsplatz verlieren.
- Der Lebensstandard der Frauen wird darüber hinaus durch die Kürzung öffentlicher Dienstleistungen auch die grössten Einbussen erleiden. Frauen sind wegen Schwangerschaft, höherer Lebenserwartung, geringerem Einkommen und Vermögen mehr als Männer auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen. Zudem sind Frauen immer noch diejenigen, die mehr Care-Arbeit leisten und die Verantwortung tragen müssen.
- Kürzungen bei Sozialleistungen werden auch überproportional die Finanzen von Frauen betreffen, weil die Sozialleistungen durchschnittlich 20 Prozent des Einkommens einer Frau ausmachen, verglichen mit nur 10 Prozent des Einkommens eines Mannes. Kinderzulagen, zum Beispiel, werden zu fast 100 Prozent an Frauen ausbezahlt, während 53 Prozent der Wohngeldbezügerinnen alleinstehende Frauen sind. Beide Zulagen wurden stark gekürzt, die Bezugsberechtigung wurde eingeschränkt.

Gibt es Alternativen? Die WBG hebt mit aller Deutlichkeit die Alternativen hervor, die der Regierung in Grossbritannien zur Verfügung stehen – auch wenn diese wohl wenig Begeisterung für solche Massnahmen zeigen dürfte:<sup>7</sup>

- Zunächst einmal hat das Kürzen von Sozialausgaben einen grösseren negativen Effekt auf die Beschäftigungslage und die Wirtschaftsleistung als die Erhöhung von Steuererträgen.
- Im UK gibt es viel Spielraum zur Erhöhung der direkten Steuern, da der momentane Steuertarif im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (35 Prozent) viel niedriger ist als in einigen anderen europäischen Ländern (Frankreich, nordische Länder).
- Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, Steuern anzuheben (Boni von Banken, Liegenschaftssteuern für Villen, Finanztransaktionssteuer etc.).
- Die so gewonnenen Erträge könnten in «harte» Infrastruktur (Strassen, Bahnen) investiert werden.

- Sie könnten auch für «weiche» soziale Infrastruktur (Kinderbetreuung, Gesundheitswesen, Sozialdienste) ausgegeben werden, welche die unbezahlte Care-Ökonomie unterstützt.

Diese Optionen bringen nicht nur mehr geschlechts- und schichtspezifische Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit – sie machen in Zeiten, in denen die Wirtschaft stark von Nachfrage abhängig ist, auch wirtschaftlich Sinn. Zum Budget von 2012 äussert sich WBG wie folgt: «Mehr Geld in die Hände von Frauen aus den unteren Einkommensschichten zu geben, etwa durch die Verbesserung von Vergünstigungen, durch Steuerkredite, durch Pensionsgelder und Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, würde die Nachfrage stärker stimulieren als Steuererleichterungen für reiche Männer und die von ihnen kontrollierten Unternehmen.»

## **2. Sparprogramme, Ungleichheit und ihre bitteren politischen Auswirkungen**

Es gibt viele Anzeichen für soziale Unzufriedenheit, abnehmendes Vertrauen in Regierungen und Unruhe als Antwort auf steigende Nahrungsmittelpreise, den Abbau von Arbeitsplätzen und drakonische Sparmassnahmen (hauptsächlich in der Peripherie der Europäischen Union). Ein Unbehagen, das sozialer Unzufriedenheit Vorschub leisten dürfte, entstand nicht erst als Folge der Krise von 2007/08. Damals empfanden viele es als ungerecht, als die Regierungen es zuließen, dass die Mehrheit der Bevölkerung für das unverantwortliche Verhalten einer kleinen finanziellen Elite haftet, die immense Vermögen angehäuft hat («Risiken vergesellschaften, Gewinne privatisieren»). Die Krise folgte auf drei Jahrzehnte politischer Entscheide, welche die soziale Ungleichheit in den meisten Gesellschaften erhöhten und es zuließen, dass Einkommen und Vermögen sich zunehmend konzentrierten. Zahlreiche Forschungsstudien zeigen, dass hohe Ungleichheit tatsächlich eine strukturelle Ursache der Entstehung und Ausbreitung von Finanzkrisen darstellt, indem mangelnde Nachfrage und die Bildung diverser «Blasen» die reale Wirtschaft destabilisieren.<sup>8</sup>

Der neoliberalen Staat antwortet auf die globale Rezession einerseits mit Sparmassnahmen und der Einschränkung der Bezugsberechtigung von Sozialleistungen; andererseits mit offen repressiven Strafmassnahmen zur Regulierung von Armut durch Polizei, Gerichte und Strafverfolgungsbehörden – einige Feministinnen sprechen dabei von «Knaststaat».<sup>9</sup> Nach Loic Wacquant<sup>10</sup> sind der Ausbau und die Aufwertung von Polizei und Gerichten jedoch keine Antwort des Staates auf die Unsicherheit durch Kriminalität, sondern auf die steigende soziale Unsicherheit. «Knastbeziehungen», die sich um Gefängnisse herum bilden und durch persönliche Abhängigkeiten charakterisiert sind, nehmen an Bedeutung zu und beein-

flussen das Leben marginalisierter sozialer Gruppen, insbesondere das der steigenden Anzahl armer schwarzer und hispanischer Frauen.<sup>11</sup> Die Vereinigten Staaten sind zurzeit führend bei den Gefangenensraten: 1 Prozent der erwachsenen Bevölkerung ist inhaftiert; wenn man diejenigen, die auf Bewährung oder im bedingten Strafvollzug sind, mitrechnet, stehen 3,2 Prozent der erwachsenen Bevölkerung unter irgend einer Form strafrechtlicher Aufsicht. Während Inhaftierung in den USA immer schon eine Klassen- und «Rassen»-Dimension hatte, so haben diese Ungleichheiten in der neoliberalen Ära beträchtlich zugenommen. Insgesamt sind dort mehr als zwei Drittel aller Inhaftierten Schwarze oder Latinos.

Diesseits des Atlantiks wächst die fremdenfeindliche Stimmung in beunruhigendem Ausmass, angeheizt durch die Frustration über die hohen Arbeitslosenzahlen, stagnierende Löhne, geringe Möglichkeiten für einen gesellschaftlichen Aufstieg und die sinkende Qualität der öffentlichen Sozialdienstleistungen. In Frankreich, Deutschland, Österreich und Holland betonen nicht nur Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums, sondern sogar Mehrheitsparteien die «Bedrohung durch Einwanderung» und verleihen damit populistischem Rassismus Glaubwürdigkeit, was Slavoj Žižek als «Barbarei mit menschlichem Antlitz» bezeichnet.<sup>12</sup> Zudem werden Argumente für eine Gleichstellung der Geschlechter dazu verwendet, um Einwanderergruppen in Misskredit zu bringen und zu dämonisieren, indem sie regelmässig beschuldigt werden, «ihre Frauen» zu missbrauchen – eine Situation, die es den Frauenorganisationen der Immigrationsgemeinschaften erschwert, ihre Bedenken zu äussern und Allianzen mit anderen feministischen Organisationen zu bilden, auch wenn sie sich selbst Sorgen über geschlechtsspezifische Ungleichheiten innerhalb ihrer Gemeinschaften machen.

### **3. Politische Entwicklungen in einigen Ländern des globalen Südens**

Mit der Krise von 2007/08 und den Sparmassnahmen, die in europäischen Wohlfahrtsstaaten darauf folgten, blicken nun viele auf Länder mit mittleren Einkommen (Lateinamerika, Ostasien), die ihre eben erst entstandenen Systeme sozialer Sicherung erweitern und in denen bestimmte Formen von Ungleichheit abnehmen. Dabei müssen wir beachten, dass ein grosser Teil der Debatte über den Ausbau sozialer Sicherheit in Entwicklungsländern des Südens sich auf Sozialhilfe konzentriert und dass es diese Sozialhilfeprogramme sind, welche in den letzten Jahren zugenommen haben – aus Besorgnis über Armut und aus der Notwendigkeit, diese zu mildern. Die aktuell vorherrschenden Politikansätze sind somit zu eng angelegt. Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass diese Ansätze auch den Spielraum für Transformationen der sozialen Verhältnisse, insbesondere auch der Geschlechterverhältnisse, erweitern.

Zwei Aspekte sind hier von zentraler Bedeutung: das Recht auf Sozialhilfe und eine Politik der sozialen Sicherheit im Dienste der Gleichstellung.

1. Was die Sozialhilfe betrifft, sind einige der Merkmale, die Nancy Fraser und Linda Gordon<sup>13</sup> schon 1994 am Beispiel des US-amerikanischen Wohlfahrtssystems diagnostiziert haben, überraschenderweise weiterhin zutreffend. Dies wird besonders deutlich, wenn wir Vorzeigeprojekte wie das Cash-Transfer-Programm ansehen. Zentraler Punkt war dabei eine Entlegitimierung («de-legitimised and gender-coded status») des Bezugs öffentlicher Sozialhilfe. Es können viele Beispiele aus heutigen Entwicklungsländern angeführt werden, wo Frauen, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen wollen, dieses Recht vorenthalten wird. Dies geschieht unter anderem durch eine paternalistische Politik und durch Bestimmungen, die den Bezug der Sozialhilfe regeln:

- So unterstellt beispielsweise der öffentliche Diskurs in Südafrika, dass junge Frauen schwanger werden, um Kinderzulagen zu bekommen.<sup>14</sup>
- In Südkorea bauen Mitarbeitende der Sozialdienste willkürlich – und in Eigenverantwortung – Hürden in das erste flächendeckende Sozialhilfeprogramm (NBLSS) ein, um diejenigen auszuschliessen, die sie als «Nichtanspruchsberechtigte» einstufen. Damit meinen sie die Personen, welche aus ihrer Sicht «arbeitsfähig» sind oder von einem Familienmitglied (einem Ehemann oder Sohn) unterstützt werden sollten.<sup>15</sup>
- In Mexico gibt es Verhaltensaufflagnen, die den anspruchsberechtigten Frauen von *oportunidades* zusätzliche unbezahlte Arbeit auferlegen, um ihnen beizubringen, eine «gute Mutter» zu sein.<sup>16</sup>

Das Recht auf Sozialhilfe ist also noch lange nicht verwirklicht. Vielfach sind die Gesellschaften von starker sozialer Ungleichheit und Marginalisierung geprägt. Die breite Öffentlichkeit und die Beamten der Sozialhilfe anerkennen das Recht auf Sozialhilfe weder generell noch für die Anspruchsberechtigten, zu welchen überproportional viele Frauen gehören. Es ist eine wichtige Aufgabe der sozialen Organisationen, welche mit Frauen und anderen marginalisierten sozialen Gruppen arbeiten, ihnen die existierenden Regelungen und Möglichkeiten zu erklären. Sie sollten ihnen zeigen, wie sie mit dem System umgehen können, sie für den Umgang mit Beamten schulen und ihnen Plattformen für kollektive Reflexion und Aktion bieten.

2. Der zweite wichtige Punkt ist die bestürzende Art und Weise, in der die Debatte über Sozialpolitik – auch über soziale Absicherung als eine Komponente der Sozialpolitik – heute auf Sozialhilfe reduziert wird. Insbesondere auf spezifische Modelle wie die an Bedingungen geknüpften Geld-

transfer-Programme (Conditional Cash Transfer CCT) – dies ist deutlich zu erkennen im *World Bank Development Report 2012* über die Gleichstellung der Geschlechter. Man könnte es auch als das «Wunderwaffensyndrom» bezeichnen – früher waren es die Mikrokredite, heute sind es die CCTs. Sozialhilfeprogramme sollten als das gesehen werden, was sie sind: ein Instrument unter vielen anderen sozialpolitischen Instrumenten, die Regierungen anwenden können, um Armut und Ungleichheit zu reduzieren und sozialen und wirtschaftlichen Wandel auszulösen. Es ist aus folgenden Gründen gefährlich, davon auszugehen, dass Cash Transfers alle anderen Instrumente ersetzen können:

- Diese Leistungen gehen nur während einer bestimmten Zeitspanne ihres Lebenslaufs an Frauen bzw. Familien – etwa wenn die Kinder klein sind oder im Alter.
- In der Regel sind die Leistungen nicht sehr grosszügig bemessen und erlauben es Frauen nicht, die Armut zu durchbrechen; im besten Fall helfen sie diesen, ihre Grundbedürfnisse abzudecken.
- Sie tendieren dazu, die Empfänger als in Not geratene Bedürftige statt als Subjekte mit Rechten anzusprechen, normalerweise werden diese Programme nicht untermauert von Strategien der sozialen Transformation.

Um die Gleichstellung der Geschlechter tatsächlich zu verbessern, braucht es aber umfassendere (sozial)politische Konzepte und wirksame Instrumente.

*a) Reformen der Sozialversicherungsprogramme, die auf eine Gleichstellung der Geschlechter zielen*

Während man in den letzten Jahren den Sozialhilfeprogrammen viel Beachtung geschenkt hat, ist es wichtig, endlich zu sehen, dass Sozialhilfe nicht das Einzige ist, worauf es bei der Gleichstellung der Geschlechter ankommt. Sozialversicherungsprogramme (welche durch Arbeitnehmer und -geber finanziert werden) sollten ebenfalls aus der Genderperspektive geprüft und reformiert werden. Wegen der starken Koppelung solcher Programme an Vollzeit-Erwerbsarbeit tendieren diese dazu, Frauen als direkte Bezieherinnen auszuschliessen. Ich denke hier beispielsweise an Krankenversicherungen, welche an Anstellungen gekoppelt sind, und mehrsäulige Pensionskassensysteme, welche in verschiedenen Ländern wie Südkorea, Chile, Argentinien und Bolivien eingeführt worden sind.<sup>17</sup>

*b) Investitionen in den Service Public, zum Beispiel in Gesundheitswesen und Bildung*

Eines der Hauptanliegen, das gegen die Verbreitung von CCT-Programmen vorgebracht wurde, ist die Sorge, dass zwar Sozialhilfe eingeführt

wird, der Staat aber dabei weiterhin auf die nötigen Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und andere Arten von unentgeltlichen Leistungen verzichtet. In Indien gibt es zum Beispiel Bedenken, dass Cash Transfers die öffentliche Verteilung verschiedener lebenswichtiger Güter – inklusive subventionierter Nahrung – ersetzen werden.<sup>18</sup> Cash Transfers können die Rolle des Staates in der Finanzierung und Ausgestaltung eines guten Service Public bestimmt nie ersetzen!

### *c) Investitionen in Care-unterstützende Dienstleistungen*

Mittels Investitionen in öffentliche Dienstleistungen im Care-Bereich und andere Formen sozialer Unterstützung, die eine selbständige Lebensführung fördern (z. B. Infrastrukturen, welche die Belastung durch Hausarbeit reduzieren), kann die Care-Ökonomie verbessert werden. Kinderzentrierte Cash-Transfer-Massnahmen können zwar qualitativ hochstehende, zugängliche Betreuungsdienstleistungen ergänzen, aber nicht ersetzen. Während an den Transferzahlungen richtigerweise kritisiert wurde, dass diese die Mutterrolle der Frauen betonen, kann die Bereitstellung guter Betreuungseinrichtungen den Frauen weiterführende Möglichkeiten eröffnen, um sich zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren. Wenn Betreuungsdienstleistungen gut finanziert und organisiert sind, können diese auch gute Arbeitsplätze bieten. Der Staat hat eine wichtige Rolle in der Finanzierung, der Regulierung und der Bereitstellung solcher Dienstleistungen – und es gibt viele Beispiele in den Ländern des Südens, wo Fortschritte verzeichnet werden.<sup>19</sup>

Letztlich muss die zukünftige Sozialpolitik mit der Wirtschaftspolitik koordiniert werden. Dabei sind auch makroökonomische Massnahmen von grosser Bedeutung, die genügend Erwerbsarbeit schaffen und die Regulierung des Arbeitsmarktes so verbessern, dass die neu entstehenden Arbeitsplätze gute Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit bieten.

### **Anmerkungen**

- 1 Jessop, B., 2012: Narratives of crisis and crisis response: Perspectives from North and South. In: P. Utting/S. Razavi/R. Varghese Buchholz (eds.): The Global Crisis and Transformative Social Change. Basingstoke/New York: Palgrave/UNRISD.
- 2 Reich, R., 2010: Reading America's tea leaves. In: The American Interest, VI (2), 6–17.
- 3 Elson, D., 2012: Social reproduction in the global crisis: Rapid recovery or long-lasting depletion? In: Utting et al. (siehe Anm. 1)
- 4 Karamessini, M., 2011: Structural crisis and adjustment in Greece: Labour market effects by gender and changes in the gendered division of paid work. Beitrag zum Internationalen Symposium Women, Gender Equality and Crisis. Panteion University: Athen, Dezember.
- 5 Woestman, L., 2010: The Global Economic Crisis and Gender Relations: The Greek Case. AWID.

- 6 Women's Budget Group (WBG 2010): The Impact on Women of the Coalition Spending Review 2010. London; dies., 2012: The Impact on Women of the Budget 2012. London, [www.wbg.org.uk](http://www.wbg.org.uk) (Abfrage 29.4.2012).
- 7 Elson, D. 2012: Austerity Measures and Gender Equality: Are There Alternatives? Präsentation am Workshop über Gendering Austerity, University of Warwick, Februar.
- 8 Saith, A. 2011: Inequality, imbalance, instability: Reflections on a structural crisis. In: Development and Change, 42 (1), 70–86.
- 9 Vgl. Sondernummer von Signs: Journal of Women in Culture and Society (vol. 36, no. 1, Herbst 2010): Feminists Theorize International Political Economy. Hg. von Shirin Rai/ Kate Bedford, besonders die Beiträge von Genevieve LeBaron/Adrienne Roberts, «Toward a feminist political economy of capitalism and carcerality», und Elizabeth Bernstein, «Militarized humanitarianism meets carceral feminism: The politics of sex, rights, and freedom in contemporary antitrafficking campaigns».
- 10 Loïc Wacquant, 2011: The punitive regulation of poverty in the neoliberal age. In: Opendemocracy, August.
- 11 Vgl. G. Le Baron/A. Roberts, 2010: Toward a feminist political economy of capitalism and carcerality. In: Signs, 36 (1), 19–44.
- 12 S. Žižek, 2010: Liberal multiculturalism masks an old barbarism with a human face. In: The Guardian 3.10.2010.
- 13 N. Fraser und L. Gordon 1994: A genealogy of dependency: Tracing a keyword of the U.S. welfare state. In: Signs, 19 (2), 309–336.
- 14 B. Goldblatt, 2005: Gender and social assistance in the first decade of democracy: A case Study of South Africa's Child Support Grant. In: Politikon, 32 (2), 239–257.
- 15 E. Lee-Gong 2010: Contestations over rights: From establishment to implementation of the National Basic Livelihood Security System in South Korea. In: The International Journal of Human Rights, 14 (6), 880–895.
- 16 Maxine Molyneux 2006: Mothers at the service of the New Poverty Agenda: Progres/ Oportunidades, Mexico's conditional transfer programme. In: Social Policy and Administration, 40 (4), 425–449.
- 17 C. Arza 2012: Pension Reforms and Gender Equality in Latin America. In: Gender and Development Programme Paper no. 15. UNRISD; Geneva; Kwon, H-J/B. Tchoe 2005: The political economy of National Health Insurance in Korea. In: Mackintosh, M./M. Koivusalo (eds): Commercialization of Health Care. Global and Local Dynamics and Policy Responses. Basingstoke: Palgrave.
- 18 Gosh, J.: Cash transfers as the silver bullet for poverty reduction: A skeptical note. In: Economic and Political Weekly, XLVI (21), 67–71.
- 19 S. Razavi 2012: Seen, Heard and Counted: Rethinking Care in a Development Context. Special Issue of Development and Change, 42 (4).



EU-kritisch, ökologisch, sozial

Postfach, 8048 Zürich

fax: 031 731 29 13

[forum@europa-magazin.ch](mailto:forum@europa-magazin.ch)

<http://www.europa-magazin.ch>